

## Beschlüsse des Juso-Bundeskongresses 2006 in Saarbrücken



### Gesundheit

Wir haben Elke Ferner als Mitglied der Verhandlungskommission zur Gesundheitsreform mit auf den Weg gegeben, dass die Gesundheitsreform die zentralen Merkmale einer Bürgerversicherung beinhalten muss. Mit diesem Konzept haben wir im Wahlkampf gepunktet. Dahinter steht die Partei- und Bevölkerungsmehrheit. D. h.

- Qualität: Wir wollen einen Leistungskatalog, der das medizinisch Notwendige in bester Qualität bietet. Das bedeutet keine Grundversorgung mit Eigenanteilen bei weiteren Zuzahlungen, auch keine Erhöhung der Praxisgebühr und der Arzneimittelzuzahlungen.
- Finanzierung: Wir wollen die Einbeziehung aller Menschen in das Versicherungssystem (auch Beamte, Selbstständige und Freiberufler). Wir wollen die Einbeziehung aller Finanzierungsquellen, also auch Kapital- und Zinseinkünfte.
- Wir wollen einkommensbezogene Beiträge, bei denen das Prinzip gilt: Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit ein.
- Wir wollen keine Kopfpauschale.
- Wir wollen kein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, die es Arbeitgebern ermöglichen würde, Gesundheitsprävention im Betrieb zu vernachlässigen, weil sie an evtl. steigenden Kosten ohnehin nicht beteiligt würden.

### Bildung

Ausbildungssituation 2005: Das betriebliche Ausbildungsstellen-Angebot ist um 2,75% im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, das der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze sogar um 16,4%. Das sind insgesamt 4% bzw. 22.800 weniger Ausbildungsstellen als im Vorjahr. Nur noch 23% aller Betriebe bilden heute noch aus. Über 40% aller Auszubildenden haben ihren Ausbildungsplatz nicht mehr in Dualem System gefunden, sondern werden schulisch bzw. außerbetrieblich ausgebildet. Weniger als die Hälfte aller BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz bekommt überhaupt einen. Über 50% werden in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder sonstigen Warteschleifen zwischengeparkt. Dies alles zeigt: Das Berufsbildungssystem ist bankrott!

Unser Ziel ist es, für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden Schule und eine qualitativ hochwertige berufliche Erstausbildung zu sichern. Wo dies das Duale System nicht mehr leisten kann, müssen wir über eine gleichermaßen anerkannte und qualitativ hochwertige 2. Säule in der

Berufsbildung, die in staatlicher Verantwortung ist und gemeinsam von Staat und Unternehmen finanziert wird und für die Auszubildenden gebührenfrei ist, diskutieren. Wir wollen

- Einrichtung von doppelqualifizierenden Ausbildungsgängen, in denen berufsbildende und allgemeinbildende Anteile gleichberechtigt sind. Doppelqualifizierend heißt, dass in einem Ausbildungsgang gleichzeitig ein beruflicher Abschluss und eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erworben werden kann.
- Wir sind der Ansicht, dass die Fähigkeiten, die Menschen während ihrer Berufsausbildung erworben haben, als eine zweite, reguläre, gleichwertige und nicht fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung anerkannt werden müssen.
- Die Hauptschule ist vielerorts zur „Restschule“ verkommen, die – wenn überhaupt – nur noch eine soziale Funktion hat. Unserer Ansicht nach muss deshalb die Hauptschule und vor allem der Hauptschulabschluss schnellstmöglich ersatzlos abgeschafft werden, um diese besondere Ausgrenzung zu beenden. An unserer Forderung nach einem integrativen Schulsystem für alle halten wir fest. Nur eine integrative Gesamtschule als Regelschule kann vollständige Inklusion in der Bildung gewährleisten.
- Eingliederung der klassischen (bisher rein schulischen) Frauenausbildungen vor allem im Dienstleistungsbereich in das BBiG (Berufsbildungsgesetz).

## Steuern und Finanzen

Peer Steinbrück hat in seiner Rede die Steuerpolitik der Bundesregierung, u. a. die Mehrwertsteuererhöhung und die Unternehmenssteuerreform verteidigt. Wir Jusos glauben, dass eine gerechte Steuerpolitik vorsieht, dass die Steuerpflicht alle betrifft. Auch die Unternehmen müssen ihren leistungsgerechten Anteil zur Finanzierung von Staat und öffentlichen Investitionen beitragen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Unternehmen Steuerentlastungen nicht weitergeben und zur Investition in Arbeitsplätze nutzen. Es wäre unter diesen Umständen viel sinnvoller, Steuergelder direkt in Beschäftigung zu investieren, als diese Entscheidungen den Unternehmen und ihren Shareholdern zu überlassen. Die Erfahrung zeigt, dass Unternehmenssteuersenkung weder Wachstum noch Beschäftigung geschafft haben. Stattdessen verteilen sie die Lasten gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu Lasten unterer Einkommenschichten.

- Steuerharmonisierung in der Europäischen Union. Notwendig ist eine Europäisierung des Steuerrechts und eine Rückkehr zu internationalen Vereinbarungen über die Ordnung auf den Finanzmärkten. Insbesondere im Bereich der Unternehmenssteuern brauchen wir einheitliche Bemessungsgrundlagen.
- Weitere Steuergeschenke für Unternehmen darf es nicht geben. Wir lehnen eine Unternehmenssteuerreform ab, in der die Unternehmen noch mehr entlastet werden sollen. Der Staat kann sich weitere Steuerausfälle nicht leisten, wenn er auch nur das absolute Minimum seiner Aufgaben erfüllen will. Viele weltweit tätige Konzerne haben in den vergangenen Jahren ihre Gewinne gesteigert, zahlen aber in Deutschland weniger Körperschaft- und Gewerbesteuer als in den 1990er Jahren. Dies liegt nicht daran, dass diese Konzerne ihre Gewinne hauptsächlich im Ausland erzielen, sondern daran, dass die Möglichkeiten zur Steuervermeidung im deutschen Steuerrecht seit langem angelegt und durch die Steuerreform 2001 sogar noch erweitert worden sind. Deshalb: keine Steuergeschenke an Unternehmen, Schließung der Steuerschlupflöcher!

- Statt einer teilweisen Senkung der Erbschaftssteuer fordern wir im Rahmen einer Gesamtkonzeption eine deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuern zur Bildungsfinanzierung.

## Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Die Ausweitung des Rentenalters auf 67 Jahre lehnen wir als falsches Signal in der derzeitigen angespannten Arbeitsmarktsituation ab. Es gilt vielmehr älteren Beschäftigten überhaupt eine Perspektive im Arbeitsmarkt zu eröffnen

Wir kritisierten wir die aktuelle beschäftigungspolitische Situation, in der junge Menschen lediglich eine Ausbildungsvergütung erhalten, von der sie nur in Abhängigkeit anderer leben können, in der Hungerlöhne keine Existenzsicherung für Beschäftigte und deren Familien sicherstellen, in der geringe Qualifizierung nicht beseitigt wird und in der niedrige Löhne nicht zu einem Einstieg ins Berufsleben führen, sondern zu einer verfestigten Arbeitsrealität.

- Wir brauchen einen gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohn von 7,50 Euro / Stunde. Denn Niedriglohn ist längst kein Thema mehr ist, das nur klassische „Problemgruppen“ wie niedrig qualifizierte ArbeitnehmerInnen ohne abgeschlossene Berufsausbildung betrifft. Es ist unter dem Druck der hohen Massenarbeitslosigkeit der letzten Jahrzehnte bereits zu einem beträchtlichen Ausbau des Niedriglohnsektors gekommen, der auch vor gewerkschaftlich getragenen Tariflöhnen nicht Halt macht, denn selbst diese bewegen sich bekanntlich mittlerweile in einigen Bereichen in Größenordnungen von vier Euro pro Stunde.
- Ausweitung des Entsendegesetzes: Das Entsendegesetz legt fest, dass Tarifverträge eingehalten werden und entsprechend Löhne nach Tarif bezahlt werden. Ohne einen Tarifvertrag kann das Entsendegesetz aber nicht greifen. Nicht in allen Branchen werden Tarifverträge abgeschlossen, die bundesweit gelten, so beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättengewerbe – also gerade in Branchen, in denen ohnehin geringe Verdienste zu erwarten sind. Ein Entsendegesetz kann daher nur Sinn machen, wenn die großen Löcher im Tarifgefüge gestopft werden.

Wir wollen ein Arbeitsmarktmodell, das sowohl Beschäftigung im geringfügigen Segment des Arbeitsmarktes schafft, als auch eine zeitgemäße soziale Sicherung ermöglicht. Unser Ziel ist es, die steuerliche Bevorteilung von gering bezahlter Beschäftigung abzuschaffen. Stattdessen gilt es, alle Einkommen gleich zu behandeln und ein ordnungspolitisch sinnvolles System in diesem Bereich zu schaffen. Wir werden deshalb in Zukunft darüber diskutieren wie untere Einkommensgruppen entlastet werden können.

## Internationales

Die Mobilisierung zum IUSY-Festival2006 in Alicante läuft auf Hochtouren. Unter dem Motto „Geschichte schreiben – Zukunft gestalten“ fahren im Juli über 300 Jusos aus ganz Deutschland nach Spanien und beweisen „The Power of solidarity“. Näheres unter <http://www.jusos.de/servlet/PB/menu/1564578/index.html> bzw. <http://www.festivaliusy2006.org/>

Unsere Partnerorganisationen aus Israel und Palästina, Young Labour und Young Fateh waren unsere Gäste in Saarbrücken. Das Willy Brandt Zentrum in Jerusalem hat bisher einige Erfolge erzielt. So ist es eines der wenigen Projekte, in dem sich trotz der schwierigen politischen Lage Israelis und Palästinenser noch begegnen können und wollen. Diese trilaterale politische Arbeit werden wir fortsetzen. Die Seiten des WBZ findet ihr unter <http://www.willybrandtcenter.org/>

## Familienpolitik

Mit der Aussage „Deutschland braucht mehr Kinder“ wird ein Scheingefecht eröffnet, das von den wahren Problemen der sozialen Sicherungssysteme ablenkt. Denn es fehlen keine Babys sondern Beitragszahlerinnen!

Familienpolitik sollte daher nicht bevölkerungspolitischen Zielen folgen, sondern sich an den Zielen einer selbstbestimmten Lebensführung und der Herstellung sozialer Gerechtigkeit orientieren. Dazu gehört für uns eine Individualbesteuerung statt Ehegattensplitting, ein Elterngeld, das die Erziehungszeit paritätisch auf beide Elternteile verteilt und vor allem das Vorziehen des Ausbaus der institutionellen Förderung vor der Förderung von Elternschaft.

## Integration

Die Debatte um Integration von MigrantInnen ist eröffnet. Zwei umfassende Anträge haben wir auf dem Bundeskongress beschlossen, um unsere Vorstellungen von einer guten Integrationspolitik zu untermauern. Dazu gehören ein europäisches Asylrecht, ein Antidiskriminierungsgesetz, die Legalisierung aller in Deutschland arbeitenden MigrantInnen, egal welchen Aufenthaltstitel sie haben.

## Frauenhandel/Zwangsprostitution

Zur Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution braucht es ein Maßnahmenbündel, das sowohl im Inland als auch in den Herkunftsländern greift.

Wir lehnen Bestrafung (auch von Freiern) als ein nicht zielführendes Instrumente ab. Stattdessen soll ein Gütesiegel den sozial und arbeitsrechtlich geschützten Bereich von Prostitution erweitern und damit gegen Zwangsprostitution wirken. Um den Frauen einen abgesicherten Aufenthaltsstatus zu garantieren und sie somit aus ihrer Notlage zu befreien, haben wir ein Bleiberecht nach italienischem Vorbild beschlossen, d.h. Opfer von Menschenhandel müssen nicht erst gegen ihre Händler aussagen, um Abschiebung zu vermeiden, sondern erhalten unabhängig von einer Aussage ein Bleiberecht.